

Niederschrift

zur 4. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses
(Sitzung Nr. 5/2016)
am Donnerstag, 30.06.2016,
um 19:30 Uhr im Raum Tramin (Zi.Nr. 300), Rathaus Urberach

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Herr Werner Popp
Herr Manfred Rädlein
Frau Mona Reusch
Herr Michael Uhe-Wilhelm
Herr Tobias Kruger
Herr Reimund Butz
Herr Hans-Jürgen Daum
Herr Bernd Drescher
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Hidir Karademir
Herr Peter Schröder
Herr Michael Spieß
Herr Hans Sulzmann
Herr Jochen Zeller
Herr Sven Sulzmann
Frau Brigitte Beldermann
Herr Samuel Diekmann
Herr Gerd Gries
Herr Herbert Schneider
Herr Dr. Rüdiger Werner
Herr Till Andrießen
Herr Werner Rohmann
Frau Silvia Hechler

Vertr. Hr. Weiland

Es fehlen:

Herr Hans Gensert

Frau Karin von der Lühe

Herr Jochen Weiland

Herr Mahfooz Malik

Herr Arne Breustedt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Zuhörer:

1

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Bericht der Wirtschaftsförderung
- TOP 3 Antrag der Fraktion der FWR: Abschaffung der Fraktionszimmer. Flexible Nutzung der Sitzungsräume für Fraktionen
Vorlage: FWR/0115/16
- TOP 4 Interfraktioneller Antrag: Einrichtung von freien WLAN Hotspots in öffentlichen Gebäuden der Stadt
Vorlage: IFA/0167/16
- TOP 5 Bildung von Kommissionen gemäß § 72 HGO, Wahl der Mitglieder
Vorlage: VO/0145_1/16
- TOP 6 Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement
Vorlage: VO/0135/16
- TOP 7 Einleitung des Verfahrens zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan / Vorhaben- und Erschließungsplan A 31.1 "Mischgebiet Kapellenstraße"
Vorlage: VO/0153/16
- TOP 8 Berichts Antrag der FDP-Fraktion: Flüchtlinge/Asylbewerber in Rödermark
Vorlage: FDP/0161/16
- TOP 9 Berichts Antrag der FDP-Fraktion: Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden
Vorlage: FDP/0162/16
- TOP 10 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: "Grüne Mitte" Bestandsaufnahme und Perspektiven
Vorlage: CAL/0163/16
- TOP 11 Antrag der FDP-Fraktion: Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen in Rödermark
Vorlage: FDP/0160/16
- TOP 12 Antrag der SPD-Fraktion: Rödermark 2030 - Städtebauliche Entwicklung Rödermarks sichern
Vorlage: SPD/0164/16
- TOP 13 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 14 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses, Herr Kruger, begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände. Sie ist form- und fristgerecht zugegangen.

Herr Weiland wird durch Herrn Drescher vertreten.

zu 2 Bericht der Wirtschaftsförderung

Herr Andrießen gibt den Bericht der Wirtschaftsförderung:

a. Breitbandprojekt des Kreises Offenbach

Das erste Verhandlungsgespräch ist für Anfang Juli terminiert. Zur Vorbereitung dieses technischen Gespräches wurden bereits auf schriftlichem Wege Fragen geklärt. Der Kreis und die rechtliche Beratung rechnen damit, dass es einerseits mindestens noch ein weiteres Verhandlungsgespräch geben wird, andererseits aber weiterhin das Verhandlungsverfahren im Sommer abgeschlossen werden wird. Die am 6.10.2015 in der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschlusslage sieht keinen Beschluss kommunaler Gremien im weiteren Verfahrensverlauf mehr vor. Ein Beschluss ist nur erforderlich, wenn der rückgestellte kommunale Kostenanteil überschritten wird.

b. Prognos Zukunftsatlas - Kreis Offenbach auf bärenstarkem 7. Platz in Hessen

Die renommierte Schweizer Prognos AG hat die Studie „[Zukunftsatlas 2016 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb](#)“ veröffentlicht. Im aktuellen Gesamtranking der bundesweit 402 Landkreise und kreisfreien Städte rangiert der Landkreis Offenbach auf Platz 57. Im Vergleich zum letzten Ranking in 2013 verbesserte er sich um 20 Plätze und zählt damit zu den starken TOP-7-Standorten in Hessen und hat laut Prognos „Hohe Zukunftschancen“ (Zweitbeste Kategorie). Grundlage bilden insgesamt 29 Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Arbeitsmarkt, Wohlstand und soziale Lage sowie Wettbewerb und Innovation.

Das von Kreis Offenbach, den 13 Kommunen und der IHK Offenbach am Main erarbeitete [Wirtschaftsförderungskonzept](#), das sich derzeit in der Umsetzung befindet, wird seinen Teil dazu beitragen, den Standort Kreis Offenbach weiter zu stärken.

c. Einzelhandelskonzept

1. Arbeitskreis mit Vertretern der Fraktionen und der Wirtschaft hat am 22. Juni stattgefunden. Es wird noch einen 2. AK geben bevor das Konzept im September/Okttober fertiggestellt sein wird und von den

Stadtverordneten beschlossen werden kann. Über die weiteren Arbeitsschritte wird fortlaufend berichtet werden.

d. Auszeichnung Inspector Systems

Das Maschinenbauunternehmen [Inspector Systems Rainer Hitzel GmbH](#) ist im renommierten "[Deutschen Mittelstands-Summit](#)" in die TOP 100 der innovativsten deutschen Unternehmen im Mittelstand gewählt worden.

Seit mehr als 20 Jahren ist das TOP 100 Siegel die wichtigste Auszeichnung für innovative Unternehmen im Mittelstand und der einzige Wettbewerb, der Innovationsmanagement auszeichnet. Eine schriftliche Gratulation der Stadt ist erfolgt.

e. Mappen für neue Mitarbeiter der Rödermärker Unternehmen

Seit August 2015 stellt die Wirtschaftsförderung den Rödermärker Unternehmen Mappen mit einem Anschreiben des Bürgermeisters und Informationen über unsere Stadt zur Verfügung. Dadurch können Bewerber und neu eingestellte Mitarbeiter über die Qualitäten und Möglichkeiten Rödermarks informiert werden. Die Wirtschaftsförderung wird das Angebot fortführen, da die Mappen kontinuierlich nachgefragt werden, von der Zielgruppe Fachkräfte gut angenommen werden und die Stadt Rödermark eine der wenigen Städte Deutschlands ist, die derartige Begrüßungs-Mappen zur Verfügung stellt.

f. Gastro-Guide Rödermark

Resultierend aus dem „Runden Tisch Gastronomie“ in diesem Jahr hat sich die Wirtschaftsförderung entschlossen, in der überbetrieblichen Vermarktung der Rödermärker Gastronomie neue Wege zu gehen. Dazu wurde der Facebookauftritt „Gastro-Guide Rödermark“ eingerichtet, der neben den gängigen Vernetzungsmöglichkeiten von Facebook auch eine von der Wirtschaftsförderung erstellte interaktive Karte mit einer Übersicht der Betriebe und deren Kontaktmöglichkeiten beinhaltet.

Bezug nehmend auf Punkt a) regt das Gremium an, dass Herr Andrießen möglichst versuchen soll darauf hinzuwirken, dass Rödermark schnellstmöglich an das Breitbandnetz angeschlossen wird.

Herr Kruger fragt an, ob weitere Beschlüsse zum Breitbandausbau durch die Stadtverordnetenversammlung nötig, bzw. vorgesehen sind.

Herr Andrießen beantwortet die Frage dahingehend, dass sofern keine Überschreitung des, im Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Breitbandausbau vom 06.10.2015 genannten, städtischen Kostenanteils erforderlich wird, aus aktueller Sicht keine weitere Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist.

zu 3

Antrag der Fraktion der FWR: Abschaffung der Fraktionszimmer. Flexible Nutzung der Sitzungsräume für Fraktionen
Vorlage: FWR/0115/16

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Fraktionsräume im 3. Stock des Rathauses in Urberach werden der allgemeinen Verwaltung zur Verfügung gestellt.
2. Der Magistrat ermöglicht den Fraktionen die kostenfreie Nutzung der Besprechungszimmer in den Rathäusern und bei Bedarf auch anderer städtischen Räumen.
3. Der Magistrat installiert ein Online-System zum Finden eines verfügbaren Sitzungszimmers und zur Buchung derselben, damit die im Stadtparlament vertretenen Fraktionen flexibel agieren können und auch kurzfristig tagen können.
4. Der Magistrat stellt den Fraktionen bei Bedarf Schränke bzw. Stauraum für benötigte Utensilien an geeigneter Stelle zur Verfügung.

Der Antrag wird geschoben und verbleibt im Geschäftsgang.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 4 Interfraktioneller Antrag: Einrichtung von freien WLAN Hotspots in öffentlichen Gebäuden der Stadt Vorlage: IFA/0167/16

Herr Kern verliert hierzu die rechtliche Beurteilung der Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die aktuelle Gesetzesänderung zum TMG auf rechtliche und wirtschaftliche Risiken zu möglichen Unterlassungsansprüchen abschließend zu prüfen.
2. Bei einem für die Stadt vertretbaren rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen, bzw. rechtlicher Sicherheit für das Betreiben von freien WLAN Hotspots sollen selbige in allen städtischen Gebäuden eingerichtet werden. Besonderes Augenmerk soll auf die folgenden Einrichtungen gelegt werden:
 - JuZ Ober-Roden
 - Kulturhalle
 - Kelterscheune
 - Bürgertreff Waldacker
 - SchillerHaus

- Halle Urberach
 - Feuerwehrhaus in Urberach
 - Stützpunktfeuerwache in Ober-Roden
 - Rathaus Urberach
 - Bücherturm Ober-Roden
3. Bei einem für die Stadt vertretbaren rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen, bzw. rechtlicher Sicherheit für das Betreiben von freien WLAN Hotspots sollen selbige in den Ortskernen und an den Bahnstationen jeweils in Urberach und Ober-Roden eingerichtet werden.
 4. Gewerbetreibende und Unternehmen über die getroffene Entscheidungen in geeigneter Form informiert und für ein gemeinsames freies WLAN gewonnen werden.

Bei der Vergabe des Auftrages hierzu sind lokale Anbieter zu bevorzugen, eine Kostenneutralität ist anzustreben und ein entsprechender Hinweis auf die WLAN Hotspots nach deren Freischaltung ist öffentlich bekannt zu machen.

Herr Kruger kündigt bis zu den nächsten Fraktionssitzungen eine Überarbeitung des Beschlussvorschlages, betreffend die Punkte 2 bis 4, an.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 5 Bildung von Kommissionen gemäß § 72 HGO, Wahl der Mitglieder **Vorlage: VO/0145_1/16**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird um Vornahme der Wahlen gebeten.

1. Kommission Leitbild und Stadtentwicklung

Die Stadtverordnetenversammlung wählt zu Mitgliedern der Kommission Leitbild und Stadtentwicklung

a) als Vertreter/in der Stadtverordnetenversammlung

die/den Stadtverordnete/n _____ (CDU)

die/den Stadtverordnete/n _____ (AL/Die Grünen)

die/den Stadtverordnete/n _____ (SPD)

die/den Stadtverordnete/n _____ (FWR)

die/den Stadtverordnete/n _____ (FDP)

b) als sachkundige Personen

2. Brandschutzkommission

Die Stadtverordnetenversammlung wählt zu Mitgliedern der Brandschutzkommission

a) als Vertreter/in der Stadtverordnetenversammlung

die/den Stadtverordnete/n _____(CDU)

die/den Stadtverordnete/n _____(AL/Die Grünen)

die/den Stadtverordnete/n _____(SPD)

die/den Stadtverordnete/n _____(FWR)

die/den Stadtverordnete/n _____(FDP)

b) als sachkundige Personen

- | | |
|--|----------------------|
| - den Stadtbrandinspektor | zzt. Herbert Weber |
| - den Fachabteilungsleiter Brandschutz | zzt. Waldemar Schrod |
| - den Wehrführer Ober-Roden | zzt. Markus Kügler |
| - den Wehrführer Urberach | zzt. Dieter Rumpf |
| - den stell. Wehrführer Ober-Roden | zzt. Franz Keck |
| - den stell. Wehrführer Urberach | zzt. Karsten Klünder |

Bei Verhinderung findet eine Vertretung durch die jeweiligen Stellvertreter statt.

Zum Schriftführer soll Herr Peter Gotta, stellvertretender Stadtbrandinspektor, bestimmt werden.

Unter Punkt 2. „Brandschutzkommission“, Unterpunkt b) soll der Beschlussvorschlag dahingehend geändert werden, dass als stellvertretender Wehrführer Ober-Roden nicht Herr Franz Keck sondern Herr Thomas Braun in die

Brandschutzkommission gewählt werden soll.

Es wird vereinbart, dass jede Fraktion ein Mitglied für die Kommissionen benennt. Die Mitglieder können vertreten werden.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

Herr Rotter teilt ergänzend mit, dass die Bildung des Präventionsrates zurückgestellt wurde, da derzeit Gespräche mit den im Präventionsrat vertretenen Gruppierungen stattfinden, mit dem Ziel, die bisherige Mitgliederzahl aufgrund der bestehenden Größe des Gremiums zu reduzieren. Er kündigt für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gegebenenfalls eine entsprechende Beschlussvorlage an.

**zu 6 Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement
Vorlage: VO/0135/16**

Beschlussvorschlag:

Das derzeitige Klimaschutzmanagement soll in einem Anschlussvorhaben über die Richtlinie zur Förderung in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutz-Initiative weitergeführt werden.

Die Beschäftigung eines Klimaschutzmanagers erfolgt befristet, auf die Dauer von 2 Jahren, ab 01. März 2017 - unter der Voraussetzung, dass ein entsprechender Zuschussbescheid vorliegt. Über die Realisierung konkreter Maßnahmen erfolgt – mindestens 1 Mal jährlich – eine Berichterstattung.

Seitens der SPD-Fraktion wird beantragt, über diesen Tagesordnungspunkt keine Abstimmung herbeizuführen.

Dem Antrag wird nicht stattgegeben und wie folgt abgestimmt:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, bei Ablehnung der FDP-Fraktion sowie Enthaltung der Fraktionen der SPD sowie der Freien Wähler Rödermark, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

**zu 7 Einleitung des Verfahrens zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan / Vorhaben- und Erschließungsplan A 31.1 "Mischgebiet Kapellenstraße"
Vorlage: VO/0153/16**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13a des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) auf Antrag des Vorhabenträgers, der Grundstücksgemeinschaft Kapellenstraße 3 – 7, ein Verfahren zur Aufstel-

lung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes einzuleiten.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ersetzt innerhalb seines räumlichen Geltungsbereiches den bisherigen Bebauungsplan Nr. 11.2 „Am Friedhof, 2. Änderungsplan“ in allen seinen Festsetzungen.

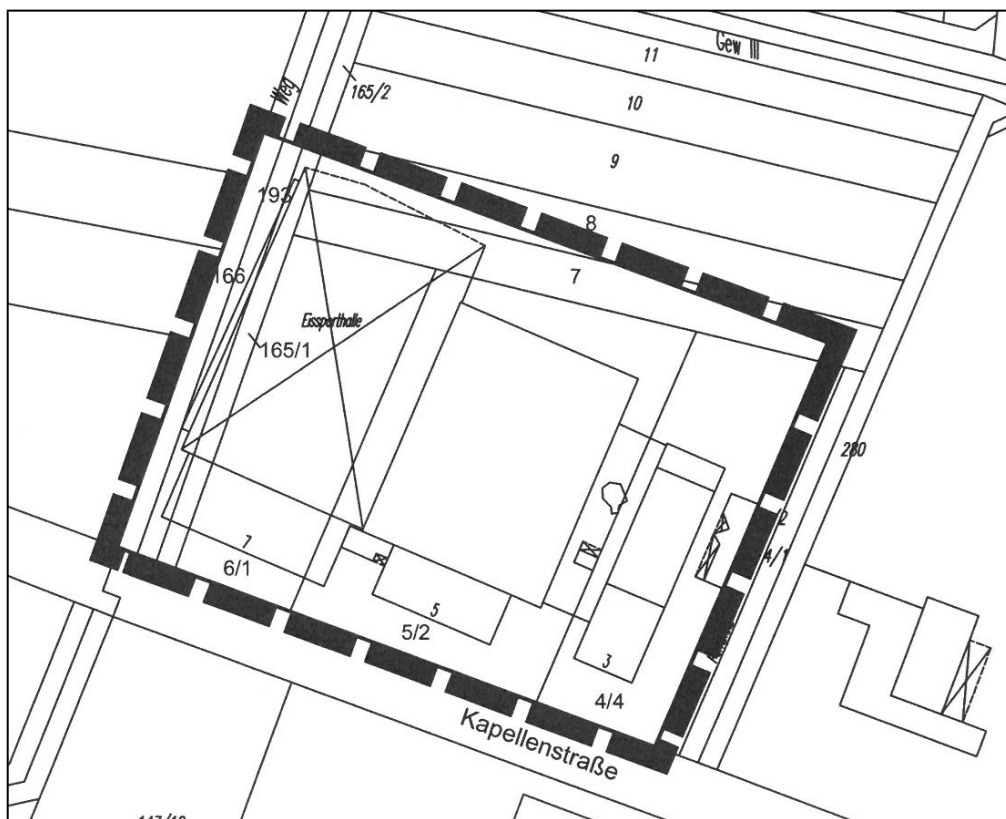
Dieser Beschluss ersetzt auch den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan A 31 „An der Kapellenstraße“, den die Stadtverordnetenversammlung in ihren Sitzungen am 16.02.2016 bzw. 01.04.2014 gefasst hat.

Der Bauleitplan erhält die Bezeichnung:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan / Vorhaben- und Erschließungsplan A 31.1 „Mischgebiet Kapellenstraße“

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden, Flur 7, Flurstücke Nr. 4/4, 5/2, 6/1, 7 (tlw.), 8 (tlw.), 165/1 (tlw.), 193 (tlw.) und 166 (tlw.).

Die genaue Abgrenzung kann der nachfolgenden Karte entnommen werden.



Sollten sich bei der Planung Abweichungen an dem vorstehend beschriebenen Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung vorzulegen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, bei Enthaltung der Fraktionen der FDP sowie der Freien Wähler Rödermark, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

zu 8 Berichtsantrag der FDP-Fraktion: Flüchtlinge/Asylbewerber in Rödermark
Vorlage: FDP/0161/16

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird beauftragt, zu folgenden Fragestellungen erschöpfend zu berichten:

Themenkomplex A: Personenkreis

- A1) Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber wurden jeweils 2014, 2015 und 2016 (bis 1.6.) Rödermark zugeteilt?
- A2) Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht entschieden wurde, sind aktuell in Rödermark registriert?
- A3) Wie viele anerkannte Flüchtlinge/Asylbewerber aus diesen 2 1/2 Jahren halten sich aktuell noch in Rödermark auf?
Wie viele haben seit Ihrer Anerkennung Rödermark verlassen? Wie hoch ist die Bleibequote?
- A4) Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt wurde, sind aktuell noch in Rödermark registriert?
- A5) Welche Informationen über neu ankommende Flüchtlinge erhält die Stadt vom Land und vom Kreis?
Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber ohne Pass/Papiere sind in Rödermark untergebracht?
- A6) Welche Nationalitäten haben die Flüchtlinge/Asylbewerber aus Frage A2?
- A7) Wie ist die Altersstruktur der Flüchtlingen aus Frage A2 ?
Wie viele der Flüchtlinge/Asylbewerber sind jünger als 6 Jahre?
Wie viele sind im schulpflichtigen Alter?
Wie viele sind zwischen 15 und 25 Jahre alt?
Wie viele sind zwischen 25 und 40 Jahre alt?
Wie viele zwischen 40 und 65 Jahre?
Wie viele sind bereits im Rentenalter?
- A8) Wie ist die Geschlechterstruktur der Flüchtlinge?
Wie viele alleinreisende junge Männer sind in Rödermark registriert?
Bei wie vielen Flüchtlinge/Asylbewerber ist mittelfristig ein Familiennachzug zu erwarten?

Themenkomplex B: Gebäude

- B1) Wie viele der Flüchtlinge aus Frage A2 und A3 sind in städtischen Gebäuden untergebracht?
Gibt es in diesen städtischen Gebäuden aktuell freie Kapazitäten?
- B2) Wie viele der Flüchtlinge aus Frage A2 sind in von der Stadt angemieteten Gebäuden untergebracht?
Gibt es in diesen angemieteten Gebäuden aktuell freie Kapazitäten?

- B3) Hat auch der Kreis in Rödermark Gebäude angemietet?
Wenn ja, wie viele Plätze stehen hier zur Verfügung?
Wie viele Flüchtlinge/Asylbewerber sind aktuell dort untergebracht?
- B4) Welche Gebäude mit welchen Kapazitäten wurden von der Stadt Rödermark zwecks Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern für welchen Zeitraum unter welchen Konditionen angemietet?
- B5) Wie viele der Flüchtlinge aus Frage A3 sind in von der Stadt angemieteten Gebäuden untergebracht?
- B6) Nach der Anerkennung müssen die Personen nach einer Übergangszeit die Flüchtlings-/Asylbewerber-unterkunft verlassen und auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe finden, die vom Kreis nach SGB II/SGB XII bezahlt wird: Gibt es praktisch (d.h. Wohnung steht kurzfristig zur Verfügung) bzw. theoretisch (Wohnung hat zurzeit einen anderen Verwendungszweck) Wohnungen im städtischen Besitz, die für so eine Belegung geeignet wären?
- B7) Unter Betrachtung der bisherigen Anerkennungsrate und der hypothetischen Annahme, dass keine neuen Flüchtlinge/Asylbewerber mehr nach Rödermark kommen: wie viele Wohnungen müssten für die aktuell in Rödermark wohnenden Flüchtlinge/Asylbewerber insgesamt zur Verfügung stehen?

Themenkomplex C: Finanzen

- C1) Wie hoch waren die Kosten im Jahr 2015, die die Stadt Rödermark für die Unterbringung der Flüchtlinge aufbringen musste (durchlaufende Kosten: Gebäude, Verpflegung)?
- C2) Wie hoch waren die Bundes- und Landesmittel, die der Kreis bisher dafür an die Stadt weitergeleitet hat?
- C3) Auf welche Summe beliefen sich im Jahr 2015 in etwa die internen Kosten (vor allem Personalkosten und allgemeine Verwaltungskosten), die zur Bewältigung der Aufgaben nötig waren?
- C4) Der Kreis Offenbach hat zur Bewältigung der „Flüchtlingskrise“ Sonderzuteilungen vom Land erhalten, von denen er per Beschluss 1,5 Mill. € an die Kommunen weiterreichen will:
Wie hoch ist die für Rödermark vorgesehene Summe?
Ist von diesem Geld schon etwas in Rödermark angekommen?
Für was sollen diese Mittel verwendet werden?
Wurden bereits Mittel verwendet?
- C5) Maßnahmen zur Integration müssen langfristig angelegt sein, um Erfolg zu haben:
Ist es schon irgendwie abschätzbar, wie hoch die jährlichen Kosten für Integrationsmaßnahmen (von Sprachkursen über Fort- und Weiterbildungen bis hin zu Vergünstigungen) pro 100 Flüchtlinge/Asylbewerber sein könnten?
Wer bezahlt die Integrationsmaßnahmen?
Werden diese in vollem Umfang von Bund und Land übernommen oder bleiben Teile der Kosten an den Kommunen hängen?
- C6) Wie viele der in Punkt A7 genannten Kinder bis 6 Jahre besuchen bereits einen U3-Gruppe/eine Kita?
Zählen diese Kinder als Integrationskinder, die eine besondere Betreuung bedürfen und daher die Gruppengrößen reduzieren? Wenn ja: wie viele Plätze werden durch Kinder von Asylbewerbern/Asyl-be-

rechtigten belegt?

Wenn 100 % der Altersgruppe städtische Betreuungseinrichtungen besuchen würden, wie hoch wären die jährlichen Mehrkosten für den FB 4 auf Basis der Zahlen vom 1. Juni 2016?

- C7) Wie viele der in Punkt A7 genannten schulpflichtigen Kinder besucht aktuell eine Schule? Wie viele besuchen jeweils die Trinkbornschule, die Schule an den Linden und die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule? Nutzen einige dieser Kinder aktuell die städtische Schulkindbetreuung? Wenn ja wie viele?
Wie hoch wären die daraus entstehenden jährlichen Mehrkosten für den FB 4 auf Basis der Zahlen vom 1. Juni 2016?

- C8) In einigen von der Stadt angemieteten Objekten wurden Mindestbelegungsquoten vereinbart. Da es bisher vom Kreis aus Bundes- und Landesmitteln nur Kopfpauschalen gibt und keine Bereitstellungs-pauschalen, ist bei einer Zahl von Neuankömmlingen wie in den letzten 3 Monaten damit zu rechnen, dass die angemieteten Objekte nur teilweise oder gar nicht belegt werden können, die auf Basis der Mindestbelegung vereinbarten Mieten aber voll gezahlt werden müssen. Ist es richtig, dass diese Kosten bei der momentanen Sachlage zu 100 % bei der Stadt hängen bleiben?

Was wären die maximalen Belastungen, die der Stadt dadurch entstehen könnten (Worst-Case-Szenario: 0%-Belegung während der ganzen Vertragslaufzeit, kein Nachlass der Vermieter, keine Sonderprogramme von Bund, Land und Kreis)?

Welche Optionen sieht die Stadt, diese denkbaren Belastungen zu reduzieren (Nutzungsänderungen, Ende der Belegung städtischer Einrichtungen zugunsten der angemieteten, sonstige)?

- C9) Da auch der Kreis sich selbst am nächsten ist, ist damit zu rechnen, dass neuankommende Flüchtlinge/Asylbewerber zuerst in kreiseigene Einrichtungen eingewiesen werden, bevor sie weiter an die Kommunen verteilt werden. Die Zuteilung nach Rödermark in naher Zukunft dürfte also unterdurchschnittlich sein. Nun gibt es Kommunen, die in den letzten Monaten wenig bis nichts getan haben, um weitere Plätze für Neuankömmlinge zu schaffen, und es gibt Kommunen, die noch größere Objekte angemietet haben (wie Rödermark) oder gar in Eigenregie neu gebaut haben:

Wird die Stadt sich einer Forderung nach einer Sozialisierung der Kosten anschließen (indem z.B. aktiv in den zuständigen Gremien eine Reduzierung der Kopfpauschale und die Einführung einer Platzbereitstellungspauschale gefordert wird, über die die bei der Kopfpauschale eingesparten Mittel verteilt werden)?

Themenkomplex D: Integration

- D1) Reicht das vorhandene städtische Personal, um die besonders wichtige Integrationsleistung in den städtischen U3-Gruppen/Kitas aufbringen zu können?

Gibt es erste Erfahrungen über die Integrationsfähigkeit/-willigkeit der Kinder?

Welche Personal- und Sachleistungen in den Kitas wären nötig, um die Betreuung/Integration der betroffenen Kinder zu optimieren?

- D2) Welches zusätzliche Personal (zu den Lehrern) steht den Schulen zur Verfügung, um die betroffenen schulpflichtigen Kinder in den Schulen zu betreuen?
 Wer bezahlt dieses Personal aktuell? Gibt es vorgeschaltete Sprachkurse, die den Kindern zumindest einen Einstieg ermöglichen?
 Mit welchen Methoden versucht man, den in der Regel vorhandenen Bildungsrückstand altersgerecht aufzuholen? Gibt es an irgendeiner Stelle psychologische Hilfe für traumatisierte Kinder bzw. Kinder, die mit der Situation völlig überfordert sind? Wer käme hierfür auf?
 Gibt es erste Erfahrungen über die Integrationsfähigkeit/-willigkeit der Kinder?
 Welche Personal- und Sachleistungen in den Schulen wären nötig, um die Betreuung/Integration der betroffenen Kinder zu optimieren?
- D3) Gibt es in Rödermark genügend Deutschkurse für Jugendliche und Jungerwachsene und wer trägt deren Kosten?
 Welche weiteren Bildungsangebote für diese Altersgruppe gibt es in Rödermark aktuell und wer kommt für die Kosten dafür auf? Gibt es öffentliche Qualifikationsangebote, um die zur Annahme einer Lehrstelle oft fehlenden Qualifikationen nachzuholen? Wer würde deren Kosten tragen?
 Welche Angebote gibt es seitens der Wirtschaftsförderung und der Rödermärker Unternehmen?
- D4) Gibt es im Sinne der Teilhabe schon heute Vergünstigungen für Flüchtlinge/Asylbewerber/Personen mit Bleiberecht in Rödermark (Freie oder vergünstigte Eintritte, teilweise oder komplette Übernahme von ÖPNV-Tickets, vergünstigte oder kostenfreie Vereinsmitgliedschaften)?
- D5) Wie viele städtische Angestellte sind mit jeweils wie viel ihrer Arbeitszeit mit der Betreuung von Flüchtlingen/Asylbewerbern betraut?
 Wie viele Monatsstunden davon betreffen die allgemeine Betreuung/Unterbringung/Versorgung/Bürokratie und wie viele Monatsstunden die Integrationsarbeit?
 Ist das vorhandene Zeit-Personal-Budget ausreichend? Falls nein: In welchem Bereich gibt es Engpässe?
 Welche Aufgaben können mangels Personal nur ungenügend oder gar nicht erfüllt werden?
- D6) Ist es richtig, dass der Respekt einiger Flüchtlinge/Asylbewerber gegenüber den sie betreuenden Personen (egal, ob staatlich oder ehrenamtlich) so stark nachgelassen hat, dass die für Rödermark zuständige Betreuerin des Kreises (namentlich Frau Putz-Weller) sich mittlerweile weigert, in die Unterkünfte zu gehen, so dass die zu betreuenden Personen ins Kreishaus kommen müssen, wenn etwas zu besprechen ist?
 Ist es richtig, dass auch weibliche Polizeibeamte schon beleidigt und bedroht wurden, sodass diese mittlerweile bei Einsätzen in Unterkünften nicht mehr eingesetzt werden? Was wurde von Seiten der Stadt diesbezüglich unternommen? Welche integrativen Maßnahmen könnten aus Sicht des Magistrates die Situation wieder entspannen?

Themenkomplex E: Ehrenamtliche Helfer

- E1) Welche ehrenamtlichen Vereine und Gruppierungen sind an der Betreuung der Neuankömmlinge und deren Integration beteiligt?
- E2) Wie läuft die Verzahnung und Abstimmung zwischen ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern der Stadt und des Kreises in der Praxis ab?
Wer koordiniert die Arbeit der Ehrenamtlichen?
- E3) Wie läuft der Informationsfluss von der Stadt/des Landkreises zu den ehrenamtlichen Helfern?
Wie oft werden diese von wem über für ihre ehrenamtliche Arbeit wichtige Entwicklungen informiert?
Gibt es aus Sicht des Magistrates bzgl. dieses Informationsflusses Optimierungsbedarf?
- E4) Werden die ehrenamtlichen Helfer in die Entscheidungen der Stadt mit einbezogen und im Vorfeld angehört?
Gibt es Überlegungen seitens des Magistrats, wie man die Wertschätzung der Arbeit der Ehrenamtlichen besser zum Ausdruck bringen könnte?
- E5) Ist die Zahl der ehrenamtlichen Helfer weiter zunehmend, stagnierend oder abnehmend?
Sind dem Magistrat Gründe bekannt, warum manche Helfer ihre ehrenamtliche Arbeit in dieser Sache eingestellt haben?
- E6) Ist es richtig, dass bei der Ausstattung von Wohnungen für Flüchtlinge/Asylbewerber/ anerkannte Asylanten bevorzugt Neuware von der Stadt besorgt wird, obwohl die Ausstattung mit hochwertiger Gebrauchtware aus der Bevölkerung prinzipiell möglich wäre?
Welche Maßnahmen wären nötig, um hier Kosten zu sparen und diesen Punkt, der in der Bevölkerung auf großes Unverständnis stößt, zu ändern?
- E7) Werden die ehrenamtlichen Helfer von den Behörden hinreichend gegen Belästigungen, Anfeindungen und Bedrohungen seitens mancher Flüchtlinge/Asylbewerber geschützt?
Liegen dem Magistrat Kenntnisse über diesbezügliche Vorfälle in Rödermark vor?
Welche Möglichkeiten hat die Stadt, sich gegen auffällig gewordene Flüchtlinge/Asylbewerber zur Wehr zu setzen?

Themenkomplex F: Zusammenspiel Stadt – Kreis – Land

- F1) Mit welchem Vorlauf wurde die Unterbringung von Flüchtlingen der Stadt Rödermark durch den Landkreis Offenbach angekündigt bzw. wird aktuell angekündigt?
- F2) Sieht sich der Magistrat der Stadt Rödermark mit Blick auf die finanziellen und soziologischen Auswirkungen der Aufnahme/Betreuung und Integration der Flüchtlinge/Asylbewerber durch den Landkreis Offenbach und das Land Hessen hinreichend unterstützt?
- F3) Welchen Handlungs- und Unterstützungsbedarf sieht der Magistrat der Stadt bezüglich vorgenannter Gebietskörperschaften aktuell?
Wo läge hier aus Sicht des Magistrats die höchste Priorität?
- F4) Welche Maßnahmen wurden bereits initiiert/eingeleitet und abgearbeitet, um notwendige Hilfestellung bei der Bewältigung der Flüchtlingsthematik zu erhalten?

- F5) Welche weiteren Maßnahmen/Aktionen und welche weiterführenden Kommunikationsanstrengungen werden von Seiten des Magistrats beabsichtigt, um die Verantwortlichkeit des Bundes, des Landes und des Landkreises Offenbach deutlich zu adressieren und Hilfestellung finanzieller und lebenspraktischer Natur zu erhalten?

Die Beantwortung des Berichtsantrages wird von Herrn Kern für eine der nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause zugesagt.

zu 9 Berichtsantrag der FDP-Fraktion: Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden
Vorlage: FDP/0162/16

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, über folgende Punkte im Zusammenhang mit der Sicherung der Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden berichten:

1. Wie haben sich die geschätzten Kosten für die Errichtung einer Mensa seit dem Beschluss geändert? Ist der Kostenrahmen noch zu halten? Reichen die bereitgestellten Haushaltsmittel aktuell noch aus?
2. Ist die Gebäudeplanung baureif? Wurde bereits ein Bauantrag gestellt? Wann wird aus heutiger Sicht voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden können? Wann ist mit einer Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Gebäudes zu rechnen?
3. Haben die offensichtlichen Verzögerungen des Bauvorhabens Auswirkungen auf die Nachmittagsbetreuung a) in Bezug auf die bereitgestellten Plätze und b) in Bezug auf die Versorgung mit Mittagessen? Gibt es eine zeitliche Befristung der Genehmigung der aktuell genutzten Räume zur Bereitstellung und Einnahme der Mittagessen?
4. Sollte der Kostenrahmen (Frage 1) nicht mehr zu halten sein: welche haushaltären Möglichkeiten zur Finanzierung der Mehrkosten gäbe es?
5. Wie viele städtische Angestellte sind in der Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden aktuell eingesetzt? Wird der Personalbedarf in den nächsten Jahren eher steigen, gleich bleiben oder sinken?
6. Wie hoch waren die Kosten für die Stadt Rödermark (jeweils aufgeschlüsselt nach Personalkosten, Sachkosten, Einnahmen und Gesamtkosten) bzgl. der Schulkindbetreuung an der Schule an den Linden im Jahr 2014 (volle Verantwortung des Fördervereins), im Jahr 2015 (Hälfte Verantwortung Förderverein, Hälfte Verantwortung Stadt) und wie hoch werden sie voraussichtlich 2016 sein (volle Verantwortung Stadt)?
7. Welche Gespräche betreffend des „Pakt für den Nachmittag“ an Rödermärker Grundschulen haben bis dato mit welchen Vertreter/-innen der gGmbH des Kreises mit welchem Ergebnis stattgefunden? Wie ist der aktuelle Stand der Dinge diesbezüglich und welche Aufgaben übernimmt die gGmbH betreffend der Umsetzung und der dauerhaften Durchführung des „Pakt für den Nachmittag“?

8. Kann die Schulkindbetreuung überhaupt von der gGmbH des Kreises übernommen werden, wenn die Schule nicht am Pakt für den Nachmittag teilnimmt? Welche Bedingungen von Seiten der Schule müssten erfüllt sein, damit Kreis oder Land einen Teil der anfallenden Kosten übernehmen?
9. Mit welcher finanziellen Lastenverteilung ist betreffend dem „Pakt für den Nachmittag“ zwischen Stadt und Kreis (via gGmbH) zu rechnen?

Die Beantwortung des Berichtsantrages wird von Herrn Kern für eine der nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause zugesagt.

Zu den Tagesordnungspunkten 10 bis 12 folgt das Gremium den im Ältestenrat getroffenen Festlegungen dahingehend, dass die Anträge durch die antragstellenden Fraktionen kurz begründet sowie vorgestellt werden und im Anschluss hieran zur weiteren Erarbeitung an den Magistrat verwiesen werden sollen.

Es wird vereinbart, dass die Beantwortung durch den Magistrat nach der Sommerpause, anlässlich einer Sondersitzung des Ausschusses Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie, stattfinden soll.

**zu 10 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion AL/Die Grünen: "Grüne Mitte"
Bestandsaufnahme und Perspektiven
Vorlage: CAL/0163/16**

Herr Gerl gibt eine kurze Einführung sowie Erläuterung zum gestellten Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird hinsichtlich der über die „Grüne Mitte“ gefassten Beschlüsse aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten vorzulegen sowie Perspektiven für die weitere Vorgehensweise aufzuzeigen.

Sowohl die Bestandsaufnahme als auch der perspektivische Ausblick sollten folgende Themenbereiche umfassen:

1. Naturschutz
 - Entwicklung des Naturraumes zwischen den beiden Stadtteilen seit Beschlussfassung über die „Grüne Mitte“.
 - Darstellung der Situation der Landwirtschaft in diesem Bereich.
 - Darstellung möglicher Konfliktpotentiale zwischen Freizeitnutzungen aller Art und dem Naturschutz.
2. Hochwasserschutz

- Stand der Renaturierungsmaßnahmen der Rodau
- Möglichkeiten zur Weiterführung der Maßnahme
- Waren die damaligen Prognosen zum Hochwasserschutz realistisch.

3. Freizeitqualität der „Grünen Mitte“

- Beschreibung der „Grünen Mitte“ als Freizeit- und Naherholungsraum für die Bevölkerung.
- Derzeitige und zukünftige Nutzung von Weidenkirche, Kleingärten, Kleingärtenanlage und Kinder- und Jugendfarm.
- Darstellung etwaiger Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich dieser Nutzungen.
- Erfahrungen und Möglichkeiten für die Durchführung von Festen in diesem Areal.
- Beschreibung und Entwicklungsmöglichkeiten für Sportstätten zwischen den beiden Stadtteilen.

4. Grüne Mitte im Rahmen der Stadtentwicklung

- Einbeziehung der Perlite-Planung in die weitere Gestaltung der Grünen Mitte.
- Weitere Gestaltung und Einbeziehung des Areals am Badehaus
- Mögliche Gewinnung von „Ökopunkten“ für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen bei der Durchführung von Bauleitplanungen an anderen Stellen im Stadtgebiet.
- Einbettung der Grünen Mitte in eine Gesamtentwicklung des Raumes zwischen Ober-Roden und Urberach, Aufzeigen von Möglichkeiten und Perspektiven für eine solche Gesamtentwicklung.
- Planerische Bewertung der Grünen Mitte und des Gesamtareals zwischen Ober-Roden und Urberach bei der Aufstellung des regionalen Flächennutzungsplanes.

5. Verbindungsweg zwischen Urberach und Ober-Roden

- Darstellung und Beschreibung des Ist-Zustandes für Fußgänger und Fahrradfahrer.
- Ausblick und Perspektive für die weitere Vorgehensweise

Der Antrag wird zur Beantwortung an den Magistrat verwiesen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 11 Antrag der FDP-Fraktion: Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen in Rödermark
Vorlage: FDP/0160/16

Herr Dr. Werner gibt eine kurze Einführung sowie Erläuterung zum gestellten Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und in einer der beiden Sitzungen des Ausschusses für Bau, Umwelt Sicherheit und Energie im September 2016 zu berichten:

1. welche Wohnbauflächen, Gewerbeflächen und Mischgebietsflächen, die aktuell noch nicht genutzt sind und für die es noch keinen gültigen Bebauungsplan gibt, auf dem Gebiet der Stadt Rödermark auf Basis des aktuell gültigen regionalen Flächennutzungsplan ausgewiesen werden könnten, mit welcher Größe und Nutzung, und diese konkret zu benennen.
2. welche bebauten Flächen aktuell nicht Bestandteil von Bebauungsplänen sind, ob es möglich ist, diese in Bebauungspläne gemäß einem Rödermarkplan aufzunehmen, wie dies geschehen könnte und in welchem Zeitrahmen.
3. welche Flächen in Bebauungsplänen erfasst sind, deren Nutzung nicht der im Bebauungsplan festgelegten entspricht.
4. welche finanziellen und personellen Ressourcen nötig sind, um einen/den „Rödermarkplan“ (Überplanung des Stadtgebiets Rödermark mit Neuausweisungen) überhaupt realistisch umsetzen zu können.
5. wieviel Fläche (m²) sinnvollerweise für die mittelfristige Realisierung des „Rödermarkplans“ im regionalen Flächennutzungsplan aktiviert bzw. nutzbar gemacht werden muss(-t)-en.

Der Antrag wird zur Beantwortung an den Magistrat verwiesen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 12 Antrag der SPD-Fraktion: Rödermark 2030 - Städtebauliche Entwicklung Rödermarks sichern
Vorlage: SPD/0164/16

Herr Diekmann gibt eine kurze Einführung sowie Erläuterung zum gestellten Antrag.

Beschlussvorschlag:

Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die Ausweisung neuer Flächen für Wohnungsbau und zur Ansiedlung von Gewerbe auf dem Gebiet der Stadt Rödermark wird der Magistrat beauftragt zu klären, wie und wo eine Bebauung zwischen den beiden Ortsteilen Ober-Roden und Urberach mög-

lich ist.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen geklärt werden:

Welche Flächen sind schon im Besitz der Stadt?

Welche Flächen sind über die Festlegung Landschaftsschutzgebiet hinaus durch weitere Auflagen oder durch tatsächliche Entwicklungen besonders schützenswert?

Gibt es Umstände, die erhöhte Kosten bei der Erschließung dieser Flächen erwarten lassen?

Weiterhin soll gutachterlich bewertet werden, wie und in welcher Größe eine sogenannte Grüne Mitte in eine städtebauliche Entwicklung auf diesem Gebiet integriert werden kann.

Die zukünftige Entwicklung neuer Bauflächen soll sich zunächst auf das Gebiet zwischen den beiden Ortsteilen Ober-Roden und Urberach konzentrieren.

Die Vertretung der Stadt Rödermark im Planungsverband Frankfurt Rhein-Main wird aufgefordert, eine Entscheidung zur Überarbeitung des Regionalen Flächennutzungsplanes zur Ausweisung neuer Bauflächen auch auf dem Gebiet der Stadt Rödermark einzufordern.

Der Antrag wird zur Beantwortung an den Magistrat verwiesen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 13 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Keine.

zu 14 Mitteilungen und Anfragen

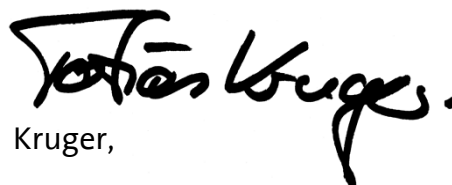
Herr Kruger kündigt an, dass gegebenenfalls eine der nächsten Ausschusssitzungen nicht im Rathaus Urberach sondern in den Räumlichkeiten der Berufsakademie stattfinden könnte. Entsprechende Absprachen mit der Leitung der Berufsakademie müssen noch getroffen werden.

Ende der Sitzung: 20:21 Uhr.

Für die Richtigkeit:



Hechler,



Kruger,

stellv. Schriftführerin

Ausschussvorsitzender

Für die Ausfertigung:

Schaffner
Schaffner